

DEVAP-Pressemitteilung, 30.05.2023

PUEG: Hilflozes Päckchen und Finanzierung wieder nur im System

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) äußert sich zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG), welches am 26.05.2023 im Bundestag verabschiedet wurde:

Berlin, den 30.05.2023 „Das nun vorliegenden Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz kann nur als hilfloses Päckchen von der Pflegebranche, den Pflegebedürftigen und den pflegenden Angehörigen wahrgenommen werden. Der Wucht, die auf uns als Gesellschaft aufgrund der mangelnden Versorgungssicherheit in der ambulanten und stationären Langzeitpflege zukommt, wird damit nicht ansatzweise adäquat begegnet.“, so Wilfried Wesemann, Vorsitzender des DEVAP.

„Die Leistungen der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege zu einem flexiblen Entlastungsbudget ab Juli 2025 zusammenzulegen begrüßen wir, allerdings ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese Leistung aus dem System selbst finanziert werden muss.“, so Wesemann weiter. „Dass die Pflegeleistungen für die ambulante und häusliche Pflege im kommenden Jahr um 5 Prozent erhöht werden sollen und im darauffolgenden Jahr - zur Finanzierung des Entlastungsbudgets - nur noch um 4,5 Prozent, ist angesichts der hohen Inflation nur noch demütigend für die Betroffenen.“

Eine aktuelle [DEVAP-Umfrage](#) zur Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege unter 650 Trägern bestätigt die prekäre Lage: Vier von fünf Pflegeeinrichtungen müssen Angebote einschränken – 89 Prozent der Pflegedienste mussten bereits neue Pflegekunden ablehnen.

„Es ist davon auszugehen, dass es Lösungen für den Versorgungsmangel geben wird, die uns nicht gefallen werden. Bereits heute hat die professionelle Pflege Schwierigkeiten den Status Quo zu halten; auch ohne die weiterhin steigende Nachfrage durch die Babyboomer.“, so Wesemann.

Aus Sicht des DEVAP braucht es neben einer überfälligen Struktur- auch eine Finanzreform der Pflegeversicherung, um das System mit Blick auf den demografischen Wandel zukunftsfähig zu machen. „Aus dem Lebensrisiko Pflege ist mittlerweile auch mit Blick auf die Finanzierung von Pflege eine Gefahr für jeden Einzelnen entstanden, der auf Hilfe und Unterstützung im Alter angewiesen ist“, stellt Wesemann fest. „Aus diesem Grund fordert der DEVAP in seinem [„Strategiepapier Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025“](#) u.a. eine absolute Begrenzung der Eigenanteile, um den weiteren Anstieg der Kosten wirksam zu begrenzen.“, so Wesemann abschließend.

„Wir brauchen einen Bundeskanzler der Wort hält und zumindest die Versprechen des Koalitionsvertrags 2021-2025 zeitnah umsetzt und wir fordern gemeinsam mit vielen anderen Akteurinnen und Akteuren einen Pflegegipfel, bei dem wir einen legislaturübergreifenden Masterplan für die Zukunft der Pflege entwickeln.“

Kontakt:

Anna Leonhardi, DEVAP Geschäftsführerin

030 83001-277 // E-Mail: info@devap.de